



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Austriaca.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Austriaca.



Es war sehr unvorsichtig von dem deutschen Reichskanzler, nachdem er soeben erst erfahren hatte, daß man nicht ungestraft die edelsten Elemente einer Nation (zu welchen die Tabakshändler gewiß gehören) in ihren heiligsten Interessen verlegt, auch noch dem fortgeschrittenen österreichischen Liberalismus so unverblümt die Wahrheit zu sagen. Denn dessen Organe haben ihn fast immer mit Schonung behandelt, ihn wohlwollend belehrt und ermahnt, wenn er auf Irrwege geraten war, und ihm mit seltenen Ausnahmen ein nicht ganz gewöhnliches Maß staatsmännischer Begabung zugestanden. Und sie mußten sich die Anerkennung oft schwer genug abringen, da ihr Herz sie natürlich zu der Partei der großen Worte zog. Selbst in der Frage, welche zu dem jetzigen Konflikt geführt hat, konnten sie nicht anders als seine Gegner sein. Das pathetische: „Durchlaucht, geben Sie Zigarrenfreiheit!“ erregte zwar notwendigerweise Lachen in einem Lande, welches das Tabaksmonopol einführen würde, wenn es nicht schon eingeführt wäre, bei einem Publikum, welches auf Reisen nach Frankreich, nach Italien, ja sogar nach Deutschland die Steuer nicht scheut, um die gewohnten Regiezigarren zu rauchen, es also um so mehr zu schätzen weiß, daß im Inlande in dem kleinsten Neste wie in den Hauptstädten unter demselben Namen auch die selbe, gleichmäßig gearbeitete Zigarre zu haben ist. Aber eine Blume mehr in dem Bouquet der unveräußerlichen Freiheiten, und sei es auch nur Tabaksfreiheit, wirkt doch unwiderstehlich, und zudem wußten wir ja, daß der Streit sich in Wahrheit nicht um das Monopol drehte, sondern um die Gefahr, die Regierung unabhängig von den parlamentarischen Majoritäten werden zu lassen. Und gerade auf diesem Punkte muß er sein Geschloß über die Häupter der unmittelbaren Gegner, auf die Reihen der Bundesgenossen derselben richten! Nun gilt keine Schonung mehr, und zwar wird zuvörderst Herr Eugen Richter förmlich zu „einem der vorzüglichsten Bürger des deutschen Staates“ ernannt. Ist dieser deutsche Staat glücklich! Seine edelsten Söhne werden Hausfircr, und seine vorzüglichsten Bürger sehen wie Herr Richter aus. Freilich, der hausfirt ja auch gern mit seiner einen, schon hundertmal neu aufgelegten Rede gegen den Kanzler! Und muß ein fester Liberaler nicht entzückt sein, aus dem Munde des Herrn Rickert zu erfahren, daß der Steuerexekutor eine so wichtige staatspädagogische Rolle in Deutschland spielt, indem er erstens bei dem Bürger das Bewußtsein der Schuldigkeit gegen den Staat aufrecht erhält, und ihm zweitens die Mühe abnimmt, auf das Steueramt zu gehen? Wie klein erscheinen neben solcher Auffassung die sozialpolitischen Ansichten des Fürsten Bismarck! Und wer nicht

einmal den Exekutor zu würdigen weiß, von dem kann man unmöglich Verständnis für die — auch andern unbegreifliche — Politik der Verfassungspartei erwarten.

Nun trifft es sich unbequem, daß in demselben Augenblick, wo die Herbstzeitlosen so heftig gegen die Behauptung, es gebe noch außer ihnen Deutsche in Oesterreich, protestiren, von verschiedenen Seiten her vollwichtiges Zeugnis für jene Behauptung abgelegt wird. Was sich auch gegen das Programm der neuen „Volkspartei“ erinnern lassen mag, das Deutschtum kann den Gründern nicht abgestritten werden, und deutsch sind auch ihre Irrtümer. Und was wollen die Herbstler vollends gegen den ungenannten Autor des kürzlich erschienenen Buches „Austriaca“*) einwenden.

Das Buch verdient alle Beachtung in Klum und außer Klum. Ziemlich weitschweifig, zum Teil in manierirtem Stil geschrieben (der Verfasser hat z. B. eine wahre Idiosynkrasie gegen Hilfszeitwörter), fesselt die Schrift doch durch die wirklich patriotische Gesinnung und das ernste Bemühen, die Dinge zu sehen und darzustellen, wie sie sind. Nicht durchweg ist es dem Verfasser gelungen, sich von den Parteivorstellungen freizumachen. Aber daß unstreitig ein Mitglied der Verfassungspartei zu uns spricht, macht dies Zeugnis um so wertvoller. Hier ist ein gänzlich deutsch denkender, reichstreuer Oesterreicher, ein entschiedener Gegner der föderalistischen und der klerikalen Bestrebungen und ebenso entschiedener Verfechter der „freiheitlichen Institutionen,“ und dennoch trennt ihn von Herbst und Konsorten eine Kluft, die weiter ist, als er selbst sich eingestehen will. Solche Stimmen dringen so selten in die Öffentlichkeit, daß die Existenz unabhängiger Elemente innerhalb der deutschen Bevölkerung keck geleugnet werden kann. Die verbreiteten Zeitungen folgen abwechselnd dem Losungswort der Parteiführer im Abgeordnetenhaus oder geben ihnen das Losungswort, und das gilt von der Rechten wie von der Linken. Eine Mittelstellung nimmt eigentlich nur die Wiener „Presse“ ein (zur Unterscheidung von der „Neuen freien“ die „alte“ genannt); aber sie steht in dem Geruch der Offiziosität, woran die Art, wie sie sich gelegentlich des Grafen Taaffe annimmt, nicht ohne Schuld ist. Und alles verzeiht sich ein richtiger Liberaler eher, als ein Regierungsorgan zu lesen, wenn dasselbe auch seine innerste Herzensmeinung aussprechen sollte. Die eine Folge dieses Verhaltens liegt auf der Hand. Sobald ein Blatt sich erlaubt, gegen die landläufigen Lehrmeinungen Einspruch zu erheben, wird es als offizios verdächtigt, daher allgemein geflohen und muß entweder bald eingehen oder — wirklich bei der Regierung Unterstützung suchen. So übte vor Jahren ein bedeutender Schriftsteller, Ferdinand Nürnbergger, seine unabhängige Kritik an den verschiedenen Parteien, aber in einer fast ungelesenen Zeitschrift; die Aufsätze hat er nachher in einem Buche, „Siegelringe,“ gesam-

*) *Austriaca*. Betrachtungen und Streiflichter. Leipzig, Dunder & Humblot, 1882.

melt, welches natürlich von der liberalen Presse totgeschwiegen worden ist, dem Geschichtschreiber der neuesten Zeit in Österreich aber unentbehrlich sein wird. Auch die Abhandlungen, welche den Inhalt des vorliegenden Buches bilden, würden schwerlich in irgend ein publizistisches Organ Aufnahme gefunden haben.

Der erste Abschnitt beschäftigt sich mit der auswärtigen Politik Österreichs, und mit diesem haben sich wieder die Zeitungen gleich nach dem Erscheinen der „Austriaca“ vorwiegend beschäftigt, in Deutschland, weil das Thema für Deutschland das interessanteste ist, in Österreich, weil mit dessen Behandlung auch der österreichische Liberalismus im allgemeinen einverstanden sein kann, welcher der Besprechung der andern Kapitel aus guten Gründen ausweicht. Überall ist bereits hervorgehoben worden, daß der Verfasser nachdrücklich für das deutsch-österreichische Bündnis eintritt, nicht aus blauer Schwärmerei, sondern in richtiger Erwägung der Weltlage und der eigensten Interessen des dualistischen Reiches. Übrigens entfernt sich der Verfasser auch schon in diesem Teil ganz entschieden von der liberalen Schablone, wenn er vor dem Irrtum warnt, die Einführung einer Konstitution als das Heilmittel für die Krankheit Rußlands zu betrachten, und vor der „Naivetät, zu glauben, daß das nihilistische Programm selbst durch die liberalste Verfassung auch nur teilweise Befriedigung finden könne,“ vielmehr in der Stärkung der Macht des Zaren die einzige Rettung erkennt; wenn er ferner das Wehgeschrei der Wiener Presse über die Vergewaltigung des bulgarischen Konstitutionalismus ganz besonders deshalb tadelt, weil ja die Herren Zankoff und Konsorten die erbittertsten Feinde Österreichs sind. Solche Haltung der Journalistik ist allerdings nicht neu. Sie entspringt nicht aus bösem Willen, sondern aus Gedankenlosigkeit. Die Herren, welche täglich dem Publikum Politik vortragen, sind auf ihre Art gute Österreicher, aber wenn irgendwo der Parlamentarismus angetastet wird, „Volksrechte“ in Gefahr sind, so geht der Glaube an die Solidarität der „liberalen Interessen“ mit der gesunden Vernunft durch. Wurde doch jüngst erst mit dem toten Garibaldi eine Abgötterei getrieben, die man mindestens lächerlich nennen muß.

Mit großem Mißvergnügen werden die Journalisten und deren gläubiger Anhang, beziehungsweise die Eigentümer und Protektoren der Zeitungen, auch davon Kenntnis genommen haben, daß der Verfasser „das Heranziehen des beweglichen Vermögens, das fast steuerfrei in Österreich ist, für die sich fortwährend steigenden Bedürfnisse des Staates naturgemäß“ findet, da „der immobile Besitz und die Arbeit sehr schwere Lasten tragen.“ Dergleichen darf ja nicht gedacht, geschweige gedruckt werden! Bei dem Worte Börsensteuer gerät die liberale Publizistik in eine Aufregung, als ob wenigstens die Zensur wieder eingeführt werden sollte. Und nicht minder stößt der Verfasser die tonangebenden Fabrikanten öffentlicher Meinung vor den Kopf, wenn er nicht die Thatsache der Okkupation Bosniens und der Herzegowina als Fehler bezeichnet, sondern

die Art der Durchführung, oder wenn er mit ähnlichen Worten, aber konsequenter in den Folgerungen als Herr v. Bennigsen, die „gebieterische Notwendigkeit für alle Staatsmänner“ anerkennt, sich mit der sozialen Frage zu beschäftigen. Es ist für Denkende nichts neues, was er zur Begründung anführt, aber wie wir sehen, wird es noch sehr oft wiederholt werden müssen, und der Mund, aus welchem die Worte kommen, giebt ihnen vielleicht für manchen einen neuen Sinn. „Wie 1789 mit der französischen Revolution die Bourgeoisie ihre Stellung errungen, so fordert ein Jahrhundert später auch der vierte Stand sein Recht; es wäre ein vergebliches Bemühen, sich gleichgiltig und taub gegen die Rufe zu stellen, die bereits deutlich vernehmbar, in kürzerer oder längerer Frist gewiß nicht mehr zu überhören sind. Der gewaltige Mann, der an der Spitze des deutschen Reiches steht, dessen weitausschauender Blick die Zukunft errät, hat die Gefahren erkannt, die von dorthier drohen, wenn es nicht vorher gelingt, ihnen die Spitze abzubringen und durch das, was der Staat bieten kann, eine Bewegung zu beschwören, deren Konsequenzen im Fall einer gewaltigen Lösung geradezu unberechenbar und unabsehbar sind. Nicht nur der Arbeiter tritt mit seinen Forderungen heran, auch über den Bauer und über den kleinen Bürger ist durch die veränderten Verhältnisse und die gestiegenen Bedürfnisse eine schwere Krise gekommen, und die Gerechtigkeit verlangt es zu sagen, daß die Lage des schlecht bezahlten niederen Beamten, der mit seinem kleinen Gehalt den Pflichten seines Standes genügen, seine Integrität erhalten und doch den Lebensunterhalt für seine Familie besorgen muß, des Beamten, der eine treue und feste Stütze des Staates, fast die precärste geworden ist. Wenn auch nur einem Teil dieser Ansprüche, die sich auf allen Seiten zeigen, genügt werden soll, wenn man die Gefahren vermeiden will, die die Gesellschaft bedrohen, muß der Staat die Mittel besitzen, um wenigstens den unumgänglichsten Forderungen zu entsprechen, um das ins Leben zu rufen, was die Privaten vollenden können, um das durchzuführen, was die Kraft des Einzelnen übersteigt.“ Das scheint so einleuchtend, so handgreiflich zu sein, daß jede Diskussion überflüssig sein müßte. Aber bis die Fanatiker des Manchester-Evangeliums auch nur ein Titelchen ihrer Doktrin aufgeben, bis sie begreifen, daß sie gegenüber den Forderungen der Zeit, die sie doch unaufhörlich im Munde führen, so verstockt und verblindet sind, wie nur je ein Vertreter des ancien régime, bis dahin wird wohl noch viel Wasser in die Meere laufen müssen, welche deutsche Flüsse aufnehmen. Wäre die Sache nicht so bitter ernst, man könnte sich höchlich belustigen über die Herren „Nationalökonomien,“ welche so erhaben über die ganz unwissenschaftlichen Experimente des Fürsten Bismarck aburteilen.

Die Gestalt, welche die Beziehungen zwischen Oesterreich und Ungarn angenommen haben, gilt dem Verfasser von „Austriaca“ für unantastbar. Aber wenn er das Anwesen der tausend Parlamente, die sich in den Comitaten und Munizipien etablirt haben, den Advokatenüberfluß, welcher sich verheerend über

das Gebiet der Politik ergießt, die Korruption, die ungesunden wirtschaftlichen Verhältnisse, den jede andre Nationalität unterdrückenden Chauvinismus, das Va-banque-Spiel gegenüber dem slavischen Elemente in Ungarn, dessen Bedeutung die Magyaren doch schon 1848 und 1849 kennen gelernt haben, das Anwachsen jener Parteien, welche die volle Unabhängigkeit Ungarns auf ihre Fahne geschrieben haben, mit kräftigen, leider nur zu wahren Farben schildert, so vermißt man die Beantwortung der Frage, was Österreich, was die Deutschen in Österreich zu thun haben, um dem äußersten Unheil vorzubeugen. Wenn es Koloman Tisza auch ferner gelingt, seine Landsleute im Zaum zu halten, meint er, so wird alles gut gehen, aber wenn die wilden Elemente Oberwasser gewinnen, das jezige Band zersprengen, so wird es dabei den Magyaren am übelsten ergehen. Das ist zweifellos. Aber mit solchen Fragezeichen darf sich der Politiker umsoweniger zufrieden geben, als noch mehrere andre eingeschaltet werden müssen. Tisza ist eine mysteriöse Figur; wohin der einstige radikale Gegner Deaks steuert, weiß schwerlich jemand. Aber auch angenommen, daß er sich mit seiner Vergangenheit loyal abgefunden habe, so hält er sich doch augenscheinlich nur durch die äußerste Nachgiebigkeit gegen den magyarischen Chauvinismus; der kann ihm sehr leicht über den Kopf wachsen, und so lange die Möglichkeit vorhanden ist, alle zehn Jahre das Verhältnis zu Österreich zu kündigen oder die Erneuerung des Vertrags an neue Zugeständnisse zu knüpfen, ist es Pflicht, sich auch die Eventualität vor Augen zu halten, daß Cisleithanien endlich der Opfer müde werde. Bis jetzt hat man ungarischerseits darauf los geschündigt, daß Österreich um keinen Preis die bloße Personalunion wiederhergestellt haben wolle, endlich muß den vom Größenwahn beherrschten Magyaren gezeigt werden, daß man geneigt sei, ihnen im äußersten Falle ihren Willen zu lassen. Die Operation würde für die westliche Hälfte des Reiches schmerzlich, aber keineswegs so gefährlich sein wie für die östliche, und sie wird unvermeidlich, wenn die vernünftigen Leute in Ungarn sich allen Tollheiten der Unvernünftigen fügen. Die Wirtschaft in Pest ist eine Illustration zu den Idealen der Fortschrittler aller Länder, wie sie gar nicht besser verlangt werden kann. Da ist Freiheit, da dekretirt das souveräne Volk durch Abgeordnete, welche seinen kindischen Leidenschaften am unverschämtesten schmeicheln, und da wagen die Männer, welche in camera den Unsinn erkennen und beklagen, aus Popularitätssucht nicht, energisch gegen die Schwindler und Phrasenmacher aufzutreten. Da wird der Segen des Parlamentarismus ad oculos demonstrirt!

Mit dem Parlamentarismus in Österreich beschäftigt sich der dritte Abschnitt des Buches. Wie zu erwarten war, verschließt der Verfasser nicht die Augen gegen die untröstlichen Ergebnisse des parlamentarischen Regimes, und wenn er die Willen, die er seinen Parteigenossen reicht, zu vergolden und zu verzußern bemüht ist, so läßt sich das begreifen. Aber seine Untersuchungen müssen unbefriedigend bleiben, weil er, wie das gebräuchlich ist, nicht nur Kon-

stitutionalismus und Parlamentarismus als völlig gleichbedeutende Begriffe behandelt, sondern überhaupt nur die beiden äußersten Gegensätze, Absolutismus und Parlamentarismus, in Betracht zieht. Man sieht daran, wie tief sich selbst bei Personen, welche logisch zu denken verstehen und den Willen haben, von dieser Fähigkeit Gebrauch zu machen, Vorstellungen eingenistet haben, die von den Fraktionspolitikern erfunden worden sind. Der Verfasser giebt zu, daß ein aufgeklärter Absolutismus wahrscheinlich die passendste Regierungsform für ein so eigentümliches Staatsgebilde wie Oesterreich sei; nachdem aber der Absolutismus so wenig aufgeklärt gewesen sei, seine Zeit so schlecht benutzt habe, bleibe eben nichts andres übrig als der Parlamentarismus. Nun ist es ganz richtig, daß die unbeschränkte Regierung sich in vieler Beziehung unfähig gezeigt hat, und zwar keineswegs nur diejenige, welche bis 1859 bestand. Vielmehr sind Ungarn gegenüber die Fehler, welche Bach und andre damals fast allmächtige Personen begangen hatten, von deren Nachfolgern treulich wiederholt worden. Als die ungarischen Konservativen in den fünfziger Jahren dem Kaiser ihre Wünsche vortragen wollten, wurde ihnen dies verwehrt; 1859 leitete Herr von Hübner mit denselben Elementen Unterhandlungen ein und gelangte zu einer Verständigung, wurde aber von seinen Ministerkollegen desavouirt, weil er angeblich in seinen Zugeständnissen zu weit gegangen war. Kaum ein Jahr später sah man sich genötigt viel weiter als er zu gehen; 1861 folgte der tumultuose erste Landtag seit 1849, dessen ungebührliches Benehmen der Krone nichts andres übrig ließ, als ihn nach Hause zu schicken und abermals eine absolutistische Regierung einzusetzen. Der Schlag wirkte ernüchternd, das Land sah ein, daß die Mehrheit seiner Vertreter eine zwecklose Komödie aufgeführt hatte, und hätte Schmerling, wie er anfangs verkündigen ließ, innerhalb der gesetzlichen Frist einen neuen Landtag einberufen, so würde dieser ganz gewiß ein andres Gesicht gezeigt haben. Es ist möglich, daß die Regierung auch mit dem nicht überein gekommen wäre, allein man hätte wenigstens einen legalen Boden erreicht. Doch wieder sollte Unthätigkeit die beste Politik sein, und der österreichische Reichsrat jubelte dem damaligen Staatsminister zu, als er seinem historisch gewordenen „Wir können warten!“ die Versicherung nachschickte, daß, wenn die Regierung sich überhaupt in Verhandlungen mit ungarischen Politikern einlassen sollte, dies nur die Liberalen sein könnten. Dieser Weisung folgte dann Herr von Beust, und wir wissen, wie Oesterreich dabei gefahren ist. Mit der Kurzsichtigkeit des Absolutismus hat es also seine Richtigkeit. Dieses System wurde aber thatsächlich beseitigt, als der Kaiser (17. Juli 1860) dem „verstärkten Reichsrat“ die Kontrolle der Finanzverwaltung zugestand, formell durch das Diplom vom 20. Oktober 1860, welches eine Verfassung verlieh, aber durchaus keine konstitutionelle nach dem herrschenden Sprachgebrauch. Ja das Wort konstitutionell kam zum erstenmal in der Thronrede vor, mit welcher der Reichsrat 1861 eröffnet wurde. Und das Patent vom 24. Februar 1861, welches die Reste stän-

discher Vertretung, die in dem Oktoberdiplom enthalten gewesen waren, fast gänzlich beseitigte, fügte doch jene „Interessenvertretung“ ein, welche den Fortschrittlern von Anfang an ein Greuel war, und sie wurde überhaupt nach Ablauf der parlamentarischen Flitterwochen als eine Ausgeburt des „Scheinkonstitutionalismus“ von denselben geschmäht, die zuerst für das Geschenk sehr dankbar gewesen waren. Der Parlamentarismus besteht erst seit 1867, und ein im allgemeinen so vorurteilsfreier Politiker, wie unser Autor, wird gewiß nicht behaupten, daß die Verfassungen von 1860 und 1861 als absolut undurchführbar, für Oesterreich unpassend sich erwiesen hätten. Der Liberalismus wollte das parlamentarische System sans phrase haben, die Staatsmänner am Ruder waren zu selbstgefällig und zu bequem, um dem von der Presse kräftigst unterstützten Schube nach links nachhaltig Widerstand leisten zu können, und ein unglücklicher Krieg und ein nach Popularität lüfterner Minister aus der Fremde vollendeten das „Reformwerk.“ Die Anhänger des Parlamentarismus sind nur konsequent, wenn sie die noch aufrecht erhaltene besondere Vertretung des großen Grundbesitzes und der Handels- und Gewerbekammern als systemwidrig anfeinden. Wer aber, wie der Verfasser der „Austriaca,“ gerade diese Einrichtungen als in den Verhältnissen des Reiches wohlbegründet anerkennt, der erkennt damit auch an, daß es gerade für diesen Staat noch etwas drittes geben könne als Absolutismus und Parlamentarismus. Und gerade er sollte die Möglichkeit einer andern Gestaltung der inneren Verhältnisse Oesterreichs umsoweniger von der Hand weisen, als er, ungleich der großen Menge seiner Parteigenossen, sich darüber völlig klar ist, daß der Zustand, welchen der Eigensinn und die Verblendung der Führer der Verfassungspartei geschaffen haben, mit den Mitteln des Parlamentarismus nicht wieder beseitigt werden kann.

Die Kritik des Verfassers über die Geschäftsführung des Grafen Taaffe ist durchaus gerecht, frei von der Animosität, welche im Lager der Verfassungstreuen sonst an der Tagesordnung ist; er kann dort gerecht sein, weil er es gegen die eigne Partei ist. Die Herbstler hatten ihrer Regierung den Boden unter den Füßen zerwühlt, sie unpopulär und regierungsmüde gemacht, die Hand, welche ihnen der Kaiser noch einmal durch Berufung des Freiherrn Pretis reichte, brutal zurückgestoßen. Taaffe bildete ein Kabinet aus Mitgliedern der deutschen Partei und Beamten, welche dieser nahe standen: dieser Regierung erklärten jene vom ersten Tage an den Krieg aufs Messer, anstatt sie zu sich herüber zu ziehen; jeder, der nur Miene machte, sich mit ihr zu vertragen, war vogelfrei. Allerdings hatte der Ministerpräsident in einzelnen Fällen eine unglückliche Wahl getroffen, damals aber würde er ohne Zweifel gern sein Ministerium aus dem rechten Flügel der Verfassungspartei rekrutirt haben. Daran verhindert, griff er nach der andern Seite hinüber. Was blieb ihm übrig? Und so oft ein gemäßigtes Mitglied durch ein föderalistisches ersetzt wurde, so oft ein im Verdacht der Regierungsfreundlichkeit stehender Abgeordneter verstimmt sich zurückzog,

erhob die Opposition ein Triumphgeschrei. Sie hatte Andrassy hinweggärgert, sie hoffte auf dieselbe Manier Taaffe zu überwinden. Aber der hat ein andres Temperament. Doch so viel Schuld die Opposition sich aufgebürdet hat, kann man sie doch nicht für alles verantwortlich machen, was seitdem geschehen ist. Mit Recht rückt unser Autor dem leitenden Minister als größten Fehler die Zerspaltung der Mittelpartei vor, welche hauptsächlich aus deutschgesinnten Abgeordneten des großen Grundbesitzes zusammengesetzt war. Sie teilte das Schicksal aller Mittelparteien, den Extremen auf beiden Seiten unbequem zu sein, der Linken als konservative, der Rechten als deutsche Fraktion. Alle vorausgegangenen Regierungen hatten dieses gemäßigte Element zu würdigen gewußt, für den Grafen Taaffe war es um so wichtiger, als dies allein ihm die Möglichkeit gewährte, sich „über den Parteien“ zu halten. Durch seinen Einfluß aber, durch Anwendung des unmittelbaren Appells an die dynastischen Gefühle des deutschen Hochadels in Böhmen, wurde dieser, der die Majorität in den Händen hatte, bewogen den Feudalen eine Anzahl Sitze zu überlassen. Welche Vereinbarung zu dem Zweck getroffen worden war, ist nicht bekannt, aber nach den scharfen Angriffen des Fürsten Carlos Auersperg auf den Ministerpräsidenten und nach den Andeutungen in dem vorliegenden Buche läßt es sich erraten. Es scheint in Aussicht gestellt worden zu sein, daß die gewählten Feudalen ein rechtes Zentrum bilden würden neben dem linken ihrer Landes- und Standesgenossen, und so zahlreiche Differenzpunkte es auch zwischen beiden Fraktionen gegeben haben würde, wäre es immer noch denkbar, daß die Regierung sich auf beide gestützt hätte, um weder der Rechten noch der Linken zu verfallen und das angekündigte Versöhnungswerk durchführen zu können. Die Feudalen aber schlossen sich sofort den Tschechen an, wurden die eifrigsten Förderer der innigen Verbrüderung derselben mit Polen und Klerikalen. Die natürliche Folge war, daß die deutschen Großgrundbesitzer nun auch in die große Partei der Opposition eintraten und daß das Ministerium keinen Schutz mehr hat gegen das „Exekutivkomitee“ der vereinigten Gruppen der Rechten.

Über die doch sehr befremdliche Erscheinung, daß Deutsche aus Tirol, Salzburg, Steiermark, Ober- und Niederösterreich Arm in Arm mit den Slaven marschiren, geht der Verfasser merkwürdigerweise oberflächlich hinweg. Dies Bündnis aber verschuldet wiederum die Verfassungspartei, welcher Name der Kürze halber auch für jene Zeit beibehalten werden kann, in der er noch nicht üblich war. So lange sie nur das System bekämpfte, welches in dem Konkordat seinen Ausdruck gefunden hatte, war die Zahl ihrer Gegner in den deutschen Ländern äußerst gering. Der österreichische Klerus darf ja im großen und ganzen freisinnig genannt werden; es haben sich innerhalb desselben jene Traditionen erhalten, welche ein friedliches Zusammenleben der Konfessionen, ein harmonisches Zusammenwirken von Staat und Kirche ermöglichen. Namentlich die Benediktiner und Cisterzienser erblicken ihre Aufgabe in der Seelsorge, der Erziehung

und dem Unterricht, der wissenschaftlichen Arbeit, und halten sich stets ferngehalten ebenso von politischer Agitation wie von konfessioneller Verhezung. In den deutschen Kronländern haben sie sich immer zur deutschen Partei gerechnet und sich auch nicht irre machen lassen durch häufigen Undank. Aber der Liberale von reinem Wasser wußte den Wert einer national gesinnten Geistlichkeit nicht zu schätzen, und noch viel weniger kennt er Rücksicht auf religiöse Gefühle und Überzeugungen. Entweder doktrinär, ein Mensch, der vor lauter Paragraphen die Welt nicht sieht, oder, weil er nichts glaubt, jeden Gläubigen als Heuchler oder Dummkopf betrachtend, oder zu jener Sorte politischer Parvenus gehörig, welche sich zwar gern mit Würden begnaden und mit Bändern behängen lassen, aber dem Nizel nicht widerstehen können, bei guter Gelegenheit die Mächtigen der Erde an einer empfindlichen Stelle zu treffen, oder endlich von angeborener Feindschaft gegen das Christentum erfüllt, würde er am liebsten alle Religionspflege verbieten. Denn „Glaubensfreiheit“ heißt in seinem Munde eigentlich: Herrschaft des Unglaubens. Unsere Liberalen wollten nicht sehen oder legten kein Gewicht darauf, daß ihre konfessionellen Gesetze Härten enthalten, welche ihnen ganze Volksschichten entfremden, ohne irgendwelchen Nutzen zu bringen, daß vor allem ihr Schulgesetz in den meisten Gegenden absolut unausführbar und nur geeignet ist, die Bevölkerung zu verstimmen; sie kaprizierten sich förmlich auf verrückte Einfälle, wie z. B. den eines bekannten Führers, aus den städtischen Schulen Wiens sollten die Christusbilder entfernt werden, weil der Anblick Andersgläubige verletzen könne. Und die klerikale Partei machte sich solche Unklugheit wohl zunutze, jede Neuwahl brachte ihr Zuwachs aus den Gebirgsländern. Die Mitglieder derselben sammt und sonders in ihrer Gesinnung undeutsch zu nennen, hat man kein Recht; sie müssen eben mit jener Partei gehen, welche politisch genug ist, sich mit ihnen auf das Verhältnis von Dienst und Gegendienst zu stellen, während sie von ihren Stammesgenossen nur Hohn und Unduldsamkeit zu erwarten haben.

Wenn der Verfasser der „Austriaca“ auseinandersetzt, daß die Polen, feudalen und demokratischen Tschechen und Klerikalen nur durch den Haß gegen die deutschen Liberalen zusammengehalten werden und außer Stande sein würden, aus ihrer Mitte eine Regierung zu bilden, die andre Aufgaben hätte, als jene Opposition zu bekämpfen, so muß man ihm gewiß Recht geben, aber er sagt damit zweifelsohne auch der Rechten nichts neues. Jede Fraktion erreicht durch das Bündnis nach und nach, was sie haben will, und der Trost, daß sie nach dem Siege über einander herfallen würden, ist so gut wie der jenes Juden, der die Wette gewonnen, aber dabei einen Finger verloren hatte. Die beiden großen Gruppen im Parlament mit den abgenützten Schlagwörtern konservativ und liberal zu bezeichnen, ist, wie der Verfasser richtig ausführt, ein Unding, denn rechts sitzen auch ausgediente Revolutionäre, Radikale und Hussiten, links auch konservative Deutsche. Ebenso wenig kann man von Gruppierung nach Na-

tionalitäten sprechen, da die deutschen Klerikalen zur Rechten zählen. Der Streitpunkt wird vom Verfasser präcisirt, daß alle Mitglieder der Linken „darin einig seien, an den konstitutionellen Errungenschaften nicht rütteln zu lassen.“ Hier enthüllt auch er sich als Doktrinär. Er sieht, daß das Deutschtum der schwersten Schädigung ausgesetzt ist, er erkennt dies als verhängnisvoll für den ganzen Staat, da — und auch darin muß ihm beigestimmt werden — die deutsche Bevölkerung die eigentliche Reichspartei bilde, welche ohne Hintergedanken Österreich erhalten haben will. Und trotzdem darf an den einmal gegebenen Gesetzen nicht gerüttelt werden! Es wird aber an ihnen gerüttelt, sie werden abgeändert werden, darüber kann sich niemand täuschen. Unwiderleglich predigt die letzte Vergangenheit, daß die Dinge nicht so weit gediehen wären, hätte die Verfassungspartei selbst die Initiative zur Reform ergriffen; aber aus Konsequenz, aus Gesinnungstüchtigkeit will sie kein Titelchen opfern, wenn auch das Ganze darüber zu Grunde geht. Heute ist sie freilich in schwieriger Lage, sie befindet sich in der Minderheit, ein Zentrum ist, zur Hälfte durch sie selbst, zur Hälfte durch die Regierung, unmöglich gemacht worden, und ob die Entstehung der „Volkspartei“ und die Erweiterung des Wahlrechtes die Dinge zum Bessern kehren werden, ist doch auf alle Fälle sehr zweifelhaft.

Das vierte Kapitel „Juden in Österreich“ konstatiert das rapide Wachsen der jüdischen Bevölkerung in ähnlicher Weise, wie es im vorletzten Hefte der Grenzboten geschehen ist. Falls aber die Zeitungsnachricht, welche als Verfasser des Buches einen Juden nennt, auf Wahrheit beruht, darf eben dieses Kapitel besondere Aufmerksamkeit beanspruchen. Es kann wohl keine Frage sein, daß zur Verbreitung und Verstärkung der antisemitischen Bewegung diejenigen Juden viel beigetragen haben, welche nationalisirt sind, die Haß erregenden Eigenschaften ihres Stammes abgestreift haben, aber gleich bei Beginn der Diskussion diese als unberechtigt, als unwürdig, als Ausfluß eines intoleranten Geistes u. s. w. bezeichneten. Die Bewegung, soweit ernste Männer sich an derselben beteiligten, richtete sich nur gegen das gefährliche Übergewicht von Elementen, welche der abendländischen, zumal der germanischen Denkart und Sitte fremd geblieben sind und bleiben wollen. Man hat den Deutschen jüdischer Abstammung so wenig angefeindet, wie den Abkömmling französischer oder polnischer Einwanderer, und das Glaubensbekenntnis blieb unberührt, wenn auch konfessionelle Vorschriften, welche dem Juden die Assimilierung erschweren, besprochen werden mußten. Aber daß gerade diejenigen, welche nicht gemeint waren, sofort mit so viel Leidenschaftlichkeit in den Kampf eintraten und sich blind zeigten gegen dessen wahre Ursachen, lieferte jenen Gegnern Waffen, welche behaupten, der Jude könne garnicht aufhören, nationaler Jude zu sein, auch wenn er es wolle. Den Gegenbeweis liefert unser Autor. Während die jüdische und die judenfreundliche Presse nichts weiter weiß als zu schimpfen, zu wehklagen und nach der Polizei zu schreien, leugnet er nicht das Vorhandensein

einer ernstern Gefahr und täuscht sich nicht über den Quell der allgemeinen Abneigung gegen seine Rasse. „So wie ein Parvenu als Pflicht erkennen muß, durch weise Benutzung der ihm gewordenen Glücksgüter eine moralische Entschuldigung für seine Schätze zu finden, so hat die jüdische Gesellschaft die Pflicht, die Welt mit ihrem Reichtum zu versöhnen; eine Versöhnung, deren sie um so mehr bedarf, als ihre Beurteiler nicht nur den Reichtum als solchen, nicht nur die Art seines wahren oder vermeintlichen Erwerbtes, sondern auch den Umstand ins Auge zu fassen gewillt [sind], daß derselbe solchen zu eigen ist, die vielfach als Eindringlinge betrachtet, sich noch das Vaterland zu verdienen haben, das erst seit einer kurzen Periode ihnen gleiche Rechte gewährt, in dem jedoch der Kapitalbesitz, den sie erlangt [hat], bereits die durchschnittliche Wohlhabenheit weit übersteigt. Jede Macht, die nur auf dem Geld basirt, muß bei der Masse, die von rein menschlichen Motiven geleitet wird, wie bei den Besserdenkenden Entrüstung und Haß erregen, wenn sie nicht durch die versöhnenden Attribute gemildert erscheint, die sie in eine wohlthätige und fördernde verwandeln, und wie der Parvenu verlehrt, der mit seinen frisch erworbenen Schätzen eine Stellung usurpiert, zu der ihn nichts berechtigt als dieser Besitz, so beleidigt sehr häufig ein großer Teil der jüdischen Gesellschaft durch einen Reichtum, der, in provozirender Weise zur Schau getragen, ebenso durch seinen Mangel an wahren Geschmack, wie durch die herausfordernde Art des Auftretens unangenehm berührt; denn er erweckt die Empfindung, daß der betreffende alles für erlaubt und alles für käuflich hält. Es giebt kein Wort des Tadel's hart genug für jene, die täglich mit frecher Stirn jedes bessere Gefühl verhöhnen und die öffentliche Meinung mit Recht erregen; diese Elemente haben ihre Glaubensgenossen weit mehr geschädigt, als irgend eine Agitation sie zu treffen vermocht [hätte], und da der Staat kein Mittel hat, um sie zu strafen, so bleibt nur die soziale Hilfe übrig, sie allüberall moralisch zurückzuweisen und ihnen gegenüber jene hermetische Abgeschlossenheit zu beobachten, die schon vom Standpunkt der Selbsterhaltung in diesem Falle besonders eine Pflicht der besseren israelitischen Gesellschaft ist.“

Eben so unbefangen und treffend wie hier jene Börsengesellschaft, welche sich gern „Finanzaristokratie“ nennt, zeichnet der Verfasser die nur aus Gewinn-sucht auf die ärztliche Praxis, auf die Advokatur, auf die Journalistik u. sich stürzenden, deren Erziehung und Bildung nicht mit ihrem erlernten Wissen, deren Charakter nicht mit ihrem Talente Schritt hält. Ohne ihre guten Eigenschaften und Leistungen zu verkennen, bringt er rückhaltslos den ungebührlichen und verhängnisvollen Einfluß der jüdischen Zeitungen auf die öffentliche Meinung und auf die parlamentarischen Körperschaften zur Sprache, ihre nichts weniger als objektive Behandlung aller jüdischen Angelegenheiten, ihr eben so unkluges wie unanständiges Verhalten in konfessionellen Fragen, ihre Neigung zu pessimistischer Auffassung der inneren Zustände. Genug, mit diesem Manne ist eine Verständigung möglich, und sein eigenes Wort anwendend kann man sagen:

Solche Juden nützen mit ihrer Kritik ihren Glaubensgenossen mehr als tausend apologetische Broschüren und Zeitungsartikel.

Daß den Schäden allein durch die Mischehe abzuhelpen sei, glauben wir allerdings nicht. Alle die ernstesten Bedenken, welche sich gegen gemischte Ehen überhaupt ergeben, brauchen hier nicht aufgezählt zu werden. Aber dem gehofften Effekt widersprechen auch die bisherigen Thatsachen. Überall zeigt sich das semitische Blut stärker als das arische, durch Generationen und bei wiederholter Mischung bleibt jüdischer Typus und jüdische Art im Übergewicht, so sehr, daß die Abkömmlinge sich immer wieder zur jüdischen Rasse hingezogen fühlen. Doch dies Thema würde uns hier zu weit führen.

Dem Buche sind wie gesagt zahlreiche Leser zu wünschen überall, wo man an dem Wohl und Wehe der österreichisch-ungarischen Monarchie und namentlich an deren deutschen Bewohnern Anteil nimmt. In Deutschland wird es hoffentlich zur Berichtigung mancher irrtümlichen Ansicht beitragen. Wichtiger freilich wäre, daß es Beherzigung in Österreich selbst fände. Dafür aber sind die Aussichten wenig günstig. Die einflußreichen Blätter hüten sich natürlich, ihr Publikum von dem wesentlichen Inhalt der „Austriaca“ zu unterrichten, und es ist leider nur zu wahr, was der Verfasser beklagt, daß unser Publikum viel zu viel Zeitungen und viel zu wenig Bücher ließt: eins folgt ja aus dem andern, das Zeitungspublicum hat nicht nur keine Zeit für Bücher übrig, es büßt auch die Fähigkeit ein, solche zu lesen. Es hat auch kein Gedächtniß. Darauf hin dürfen z. B. jetzt Oppositionsblätter wagen, den an die Adresse der Herbstler gerichteten Vorwürfen des Fürsten Bismarck die Behauptung entgegenzustellen, die liberale Partei habe 1870 die Teilnahme Österreichs am Kriege verhindert. Wer soll sich auch nach so langer Zeit noch daran erinnern, daß damals ein wichtiger Faktor in der liberalen Partei, nämlich das gesammte Judentum mit seinen Organen, die größte Begeisterung für die französische Sache zur Schau trug, und daß Österreich höchst wahrscheinlich teilgenommen hätte ohne das vorsichtige Abwarten Beusts und die verblüffenden Siege der deutschen Waffen!

Leider zeigt sich die Regierungspartei ebenso unzugänglich für ein patriotisches Mahn- und Warnwort. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 25. Juni drückt ein, ihr „von hochachtbarer Hand“ zugegangenes langes Plaidoyer für den Grafen Taaffe, welches hierüber keinen Zweifel gestattet. Ein Plaidoyer, eine Advokatenrede, und zwar eine recht geschickte, aber auch nichts mehr. Anstatt die gewichtige Thatsache hervorzuheben, daß hier ein Deutscher von liberaler Gesinnung sich in entschiedenem Gegensatz zu den eigentlichen „Herbstzeitlosen“ darstellt, wirft der Artikel ihn mit diesen in einen Topf und widerlegt Behauptungen, die jener nicht gemacht hat. „Die Slavisirung Österreichs ist ein Unding, eine Phrase u. s. w.“ Diese befürchten auch die Deutschen nicht. Der Verfasser der „Austriaca“ macht nur darauf aufmerksam, daß eine weitere Verkümmernng des Deutschtums dieses Element endlich auch zu einem aus-

schließlich nationalen machen und daß eine solche Entwicklung allerdings für das Reich höchst gefährlich werden könne. „Ein Jahrhundert hindurch versuchte man es mit allen Mitteln der Macht und der Kultur diesen Staat zu germanisiren. Die Versuche scheiterten.“ Beide Sätze sind gleich unrichtig. Man versuchte es fast immer nur mit der Macht, und daß die Versuche trotzdem nicht mißlingen, muß der Verfasser wissen, wenn seine österreichischen Erinnerungen über das Jahr 1860 zurückreichen. Hat bis dahin ein Reisender je den Eindruck empfunden, daß Prag und Pest nicht wesentlich deutsche Städte seien? Und wer wußte etwas von „Slovenien,“ ehe der Tierarzt Bleiweiß und der Lehrer Costa, der sich auf seinen Büchern stolz „Mitglied des Gelehrten-Ausschusses des Germanischen Museums“ nannte, entdeckten, daß unter den Blinden der Einäugige König sein könne? Sehr in Hitze gerät der Korrespondent über die Bezeichnung der Deutschen als eigentliche Reichs- oder Staatspartei. Nun, sollen vielleicht jene Tschechen die guten Österreicher sein, welche sich einmal bei Rußland und das andremal bei Napoleon III. anbetteln wollten? Oder die Polen? Welchen Ausgang der Ruthenen-Prozess in Lemberg auch nehmen möge, ein Dokument zur Beurteilung polnischer Freiheit und polnischen Gerechtigkeitsfinnes wird er bleiben. Der Korrespondent bezeichnet die Beschwerden über Zurückdrängen des Deutschtums als politischen Hofuspokus, unterläßt aber leider jede Beweisführung gegenüber der Anklage, daß nun seit Jahr und Tag den Parteien der Wille geschieht, welche unverhohlen die Schwächung des Deutschtums als ihr Ziel bekunden. Und Hofuspokus gefährlichster Sorte ist es sicherlich, wenn zur Verteidigung des Ministeriums dem Verfasser der „Austriaca“ grade jene Fehler der Verfassungspartei vorgehalten werden, welche er selbst strenge rügt. Er hatte, wie man sieht, guten Grund, nach Aufzählung der Sünden der Oppositionspresse sich gegen den Irrtum zu verwahren, daß er „die zeitweilig von der Regierung gewonnenen Blätter“ höher stelle. „Die einseitige Regierungspresse,“ sagt er, „ist naturgemäß das Gegenstück der einseitigen Parteipresse, und grade der rasche Wechsel der Anschauungen, die Unverzagttheit, mit der eine Schwenkung vollzogen ward, ebenso wie die unerklärbare Hartnäckigkeit in der Verteidigung von Dingen, die absolut nicht zu verteidigen waren, haben den Glauben an die Integrität der Journalistik erschüttert.“ In Summa: auch er und sein Buch entgehen dem Schicksal aller Gemäßigten nicht!

